

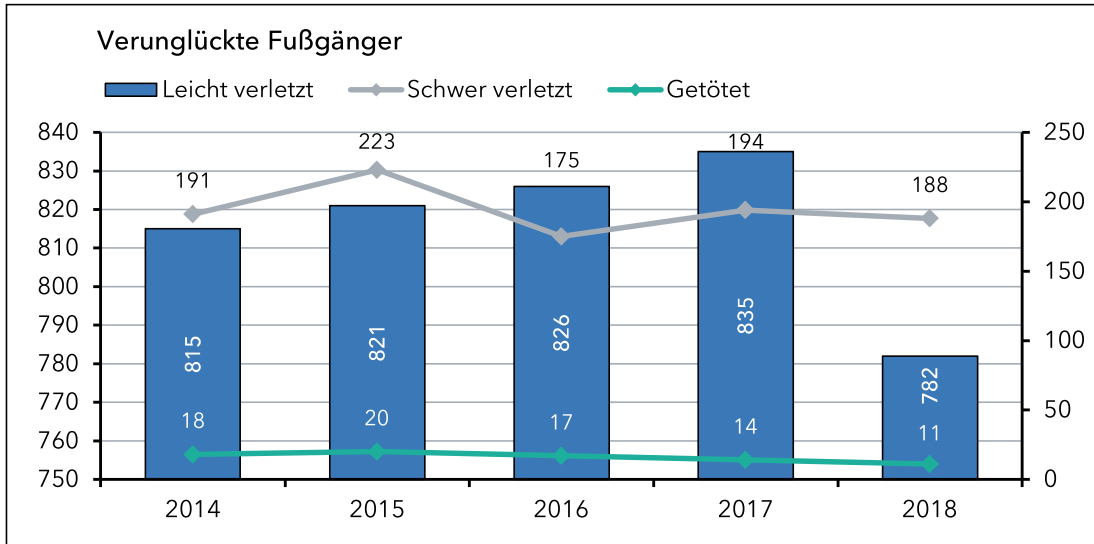
Schleswig-Holstein
Der echte Norden



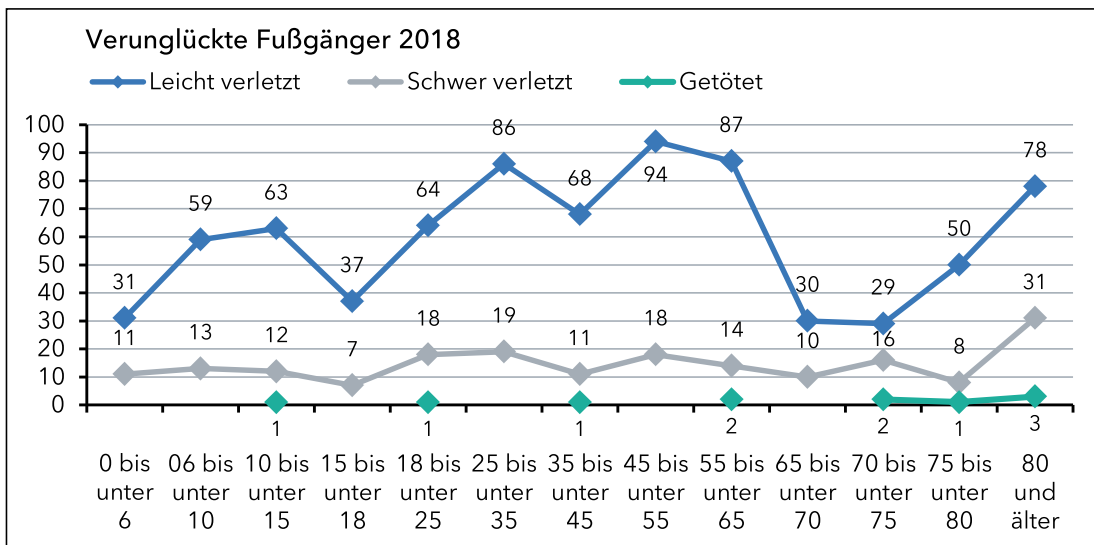
Verkehrssicherheitsbericht Schleswig-Holstein **2018**



Verkehrsunfälle mit Fußgängern haben einen Anteil von 5,6% an den aufgenommenen Verkehrsunfällen. Bei den Verunglückten liegt ihr Anteil bei 6,1%, bei den Schwerverletzten und Getöteten bei 8,8%. Fußgänger als ungeschützte Verkehrsteilnehmer haben ein höheres Risiko im Straßenverkehr, tödlich zu verunglücken als andere Unfallbeteiligte.



35,7% der schwerverletzten und getöteten Fußgänger waren Senioren. 54,5% der getöteten Fußgänger waren älter als 65 Jahre. Mit zunehmenden Alter steigt das Risiko, als Fußgänger im Straßenverkehr zu verunglücken.

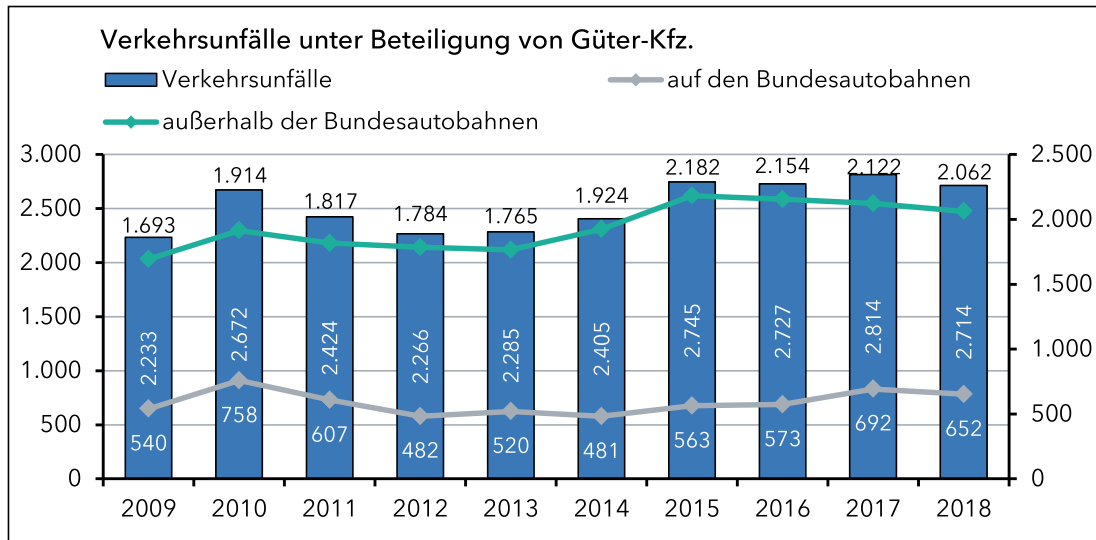


4.5 Güterkraftfahrzeuge

Weniger Verkehrsunfälle - mehr Verunglückte

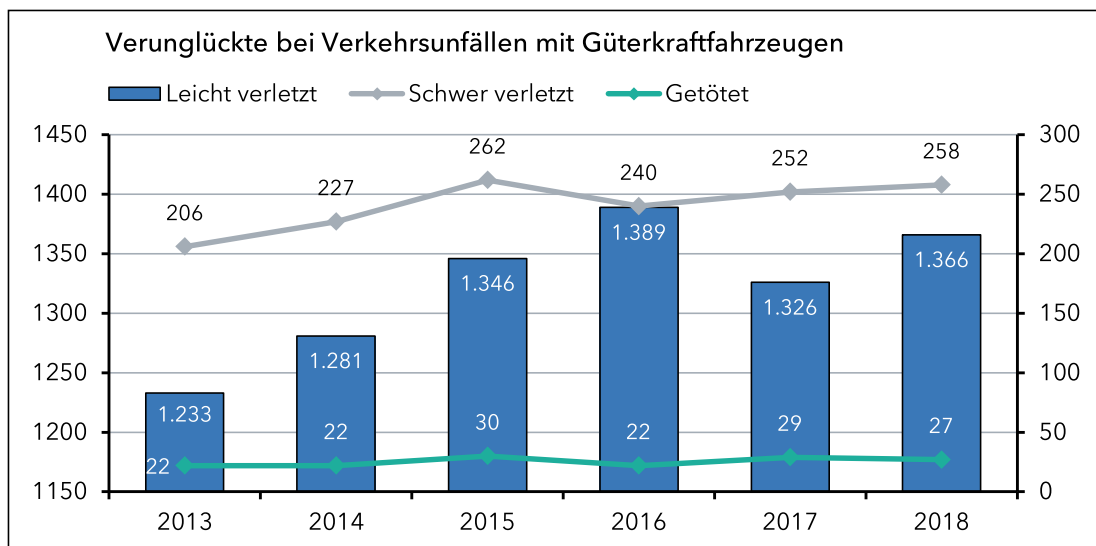
Im vergangenen Jahr wurden -3,6 % weniger Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Güterkraftfahrzeugen von der Polizei aufgenommen. Insgesamt lag die Anzahl bei 2.714. Nach dem hohen Anstieg der Unfallzahlen auf den Bundesautobahnen im Jahr 2017 (+20,6 %), ist im vergangenen Jahr vor allem hier ein Rückgang um -5,8 % zu verzeichnen. In der Langzeitbetrachtung ist jedoch besonders bei den Folgen für die Verkehrsteilnehmer bei diesen Verkehrsunfällen ein negativer Trend zu beobachten. Lkw-Unfälle sind überdurchschnittlich schwere Verkehrsunfälle.

4 | VERKEHRСУNFÄLLE

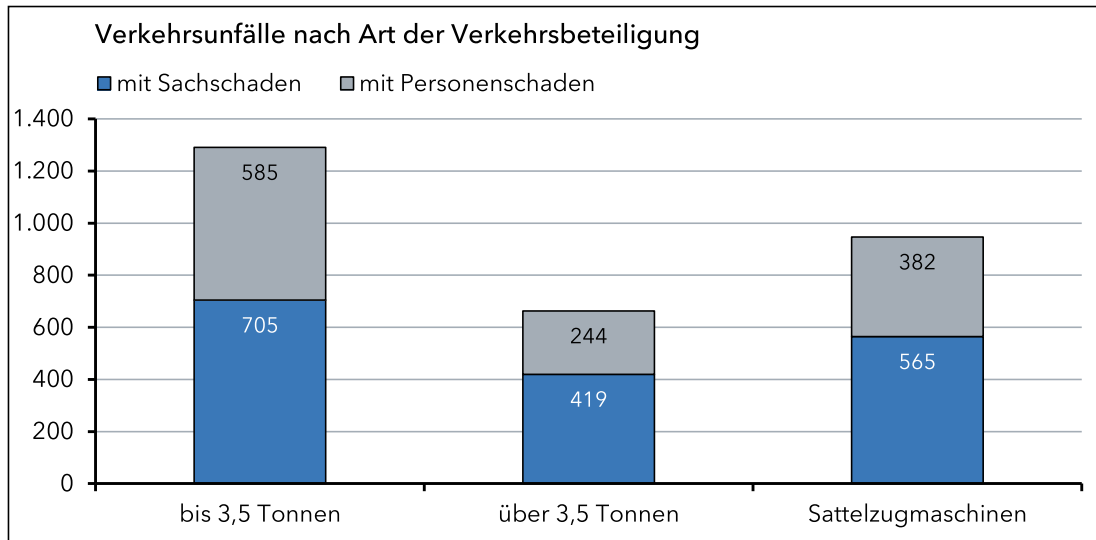


Bei den Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Güterkraftfahrzeugen werden die Folgen für alle Verkehrsteilnehmer betrachtet. Insgesamt verunglückten 1.651 (+2,7 %) Unfallbeteiligte im vergangenen Jahr bei diesen Unfällen. 1.366 (+3,0 %) Verkehrsteilnehmer erlitten leichte und 258 (+2,4 %) schwere Verletzungen. 27 Unfallbeteiligte verstarben an den Unfallfolgen; damit wurden 2 Personen weniger getötet als noch im Jahr zuvor.

17 der Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang wurden von den Güterkraftfahrzeugen selbst verursacht. Die bei den Güterkraftfahrzeugen festgestellten Unfallursachen waren sehr unterschiedlich. 4 Fußgänger wurden entweder beim Rückwärtsfahren oder Abbiegen übersehen und getötet. Bei 3 Unfällen fuhr der Lkw ungebremst auf ein Fahrzeug am Stauende auf.

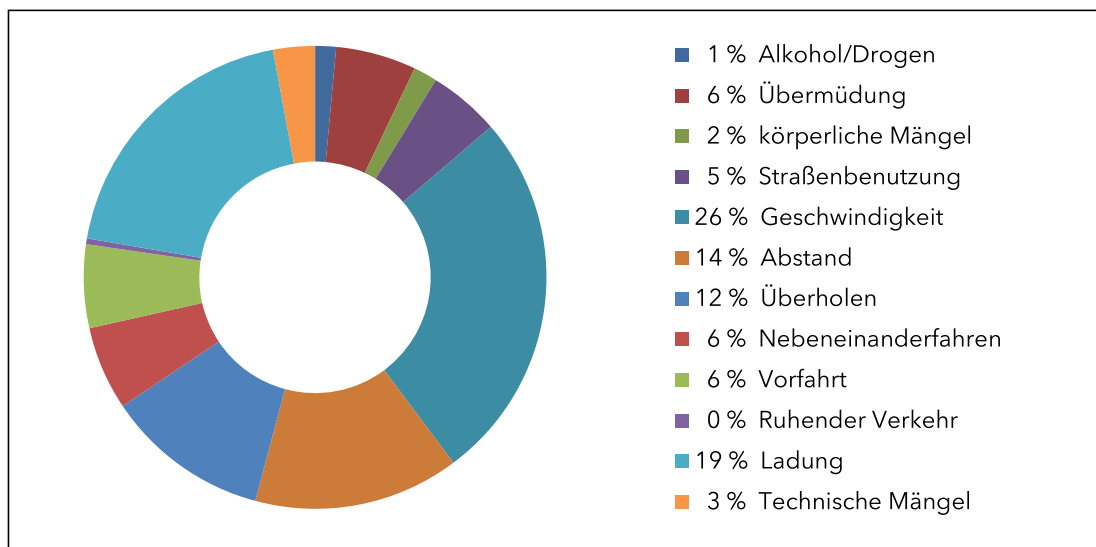


Mit 47 % sind die Güterkraftfahrzeuge bis 3,5 Tonnen mit oder ohne Anhänger überproportional häufig an Verkehrsunfällen beteiligt. Sie verursachen fast 50 % der Verkehrsunfälle mit Personenschaden. 34,5 % der Verkehrsunfälle ereigneten sich unter Beteiligung von Sattelzugmaschinen. Sie verursachten 13,9 % der Verkehrsunfälle mit Personenschaden.



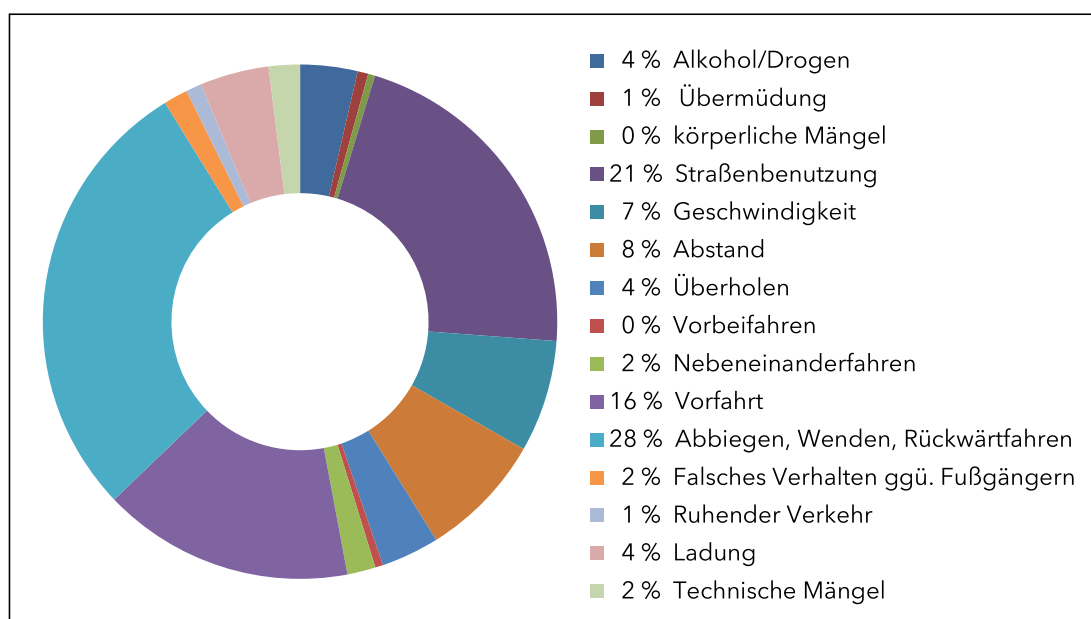
4.5.1 Hauptunfallursachen auf den Bundesautobahnen

Auf den Bundesautobahnen wurde die nicht angepasste Geschwindigkeit mit 26 % als Hauptunfallursache festgestellt. Diese Unfallursache wird oft in Verbindung mit anderen Ursachen wie z. B. Abstandverletzungen (14 %) oder Fehler beim Überholen (12 %) bei der Unfallaufnahme ermittelt. Eine unzureichend gesicherte Ladung wurde bei 19 % der Verkehrsunfälle unfallursächlich festgestellt.



4.5.2 Hauptunfallursachen außerhalb der Bundesautobahnen

Außerhalb der Bundesautobahnen sind Fehler beim Abbiegen, Wenden oder Rückwärtsfahren mit 28 % die Hauptunfallursache bei diesen Verkehrsunfällen. Fast 50 % waren dabei Fehler beim Wenden oder Rückwärtsfahren; 26,2 % davon waren Fehler beim Abbiegen nach links.



4.5.3 Überwachung des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs

Beanstandungsquote gestiegen

Der gewerbliche Personen- und Güterverkehr steigt seit Jahren erheblich an. Lkw- und Busunfälle auf Autobahnen nehmen zu. Unfälle unter Beteiligung von Güterkraftfahrzeugen sind immer mit besonders schweren Folgen verbunden, deshalb ist die Überwachung des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs ein Schwerpunkt der polizeilichen Verkehrsüberwachung. Diese wird durch speziell ausgebildete Beamtinnen und Beamte der Fachdienststellen im gesamten Straßenverkehrsnetz und in den Häfen durchgeführt.

Sie kontrollierten im Jahr 2018 im Rahmen der spezialisierten Verkehrsüberwachung 28.307 Kraftfahrzeuge des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs. 11.914 Güterkraftfahrzeuge oder 42,1 % entsprachen nicht den Vorschriften. Im Jahr 2017 wurden 12.008 Güterkraftfahrzeuge beanstandet. Der Anteil von nichtdeutschen Kraftfahrzeugen lag bei 10.792 Fahrzeugen (38,1 %).

Die Weiterfahrt wurde 2.562 (9,1 %) Fahrzeugführern untersagt.

Rechtsbereich	Beanstandete Kraftfahrzeuge					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Fahrpersonalrecht						
(Lenk- und Ruhezeiten)	5.640	5.530	5.016	5.128	4.577	4.068
Gefahrgutrecht	482	404	400	351	324	356
TechkontrollVO						
(technische Mängel)	1172	989	817	672	568	612
Straßenverkehrsrecht						
(z. B. Geschwindigkeit, LaSi, Gurt)	7.025	6.466	6.208	6.713	7.308	6.512
sonstige Nebenrechte						
(Abfall, GüKG, Tiertransport usw.)	577	570	533	568	442	539

Die Landespolizei setzt im Bereich der spezialisierten Verkehrsüberwachung zukünftig einen Schwerpunkt auf die Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs. Die Schwerlasttrupps der Polizei-Autobahn- und Bezirksrevier sollen zukünftig personell besser aufgestellt werden, um landesweit den Überwachungsdruck auf diesen wachsenden Verkehrsbereich auch zukünftig aufrecht zu halten.

Abschöpfung von Gewinnen in Ordnungswidrigkeitenverfahren

Das Instrument der Gewinnabschöpfung bei Ordnungswidrigkeiten insbesondere im Bereich der Überladungen wird von den Spezialkräften der Verkehrsüberwachung intensiv genutzt.

Überlädt eine Spedition beispielsweise regelmäßig ihre Fahrzeuge um den Profit zu steigern, verfällt der gesamte Fuhrlohn und wird durch die Ahndungsbehörde nach Ermittlungen durch die Polizei eingezogen. Das können fünf- bis sechsstellige Geldbeträge sein. Mit annähernd 500 Verfahren, davon 100 Großverfahren, liegt Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich im vorderen Feld.

Das Dezernat 13 des Landespolizeiamtes sowie der Polizei-Verkehrsüberwachungsdienst Neumünster führten im Jahre 2018 bereits zum achten Mal eine Landesfachtagung Gewinn- und Vermögensabschöpfung in Ordnungswidrigkeiten in Neumünster durch. Es konnten 85 Teilnehmer aus Reihen der Landespolizei, der Bußgeldstellen, der Staatsanwaltschaften inklusive Generalstaatsanwaltschaft sowie der Amtsgerichte begrüßt werden.



Auf Initiative der Landespolizei SH wurde 2018 erfolgreich die Harmonisierung der Verfahrensweise in den Bundesländern vorangebracht.

